

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

135 (14.6.1915)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: 75 A, vierteljährlich 2,25 A; abgeholt monatlich 65 A; am Posthalter 2,10 A, durch den Briefträger 2,52 A vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Etwas zum Nachdenken.

Der bekannte österreichische Publizist Reichsratsabg. Karl Leuthner schreibt in einem in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ erschienenen Artikel über: „Italien und Wir“ u. a.:

Wenn die Italiener gleich den anderen uns als „Barbaren“ und „Slaven“ verunglimpfen, so halten sie zum guten Teil für wahr, was sie sagen. Wie ist es aber möglich, daß ein Volk, das den ersten an Kulturleistung ebenbürtig, an Volksbildung überlegen ist und seit 40 Jahren die Führung im Sozialismus, seit 10 Jahren auch im Gewerkschaftsleben innehat, als ein Haufen halbwilliger Knechte gewertet wird? Warum will man gerade unsere Art am wenigsten verstehen, warum reißt uns die Verbindungsfäden mit den Nachbarn so leicht? Wir haben doch von allen am getreuesten die kosmopolitischen Lehren und Methoden befolgt. Wir lernen fremde Sprachen, wir überlegen neben den guten Werken des Auslandes auch solche, die es nicht verdienen, und manche deutschen Kritiker begehen deren Verfälscher mit einer Achtung, auf die ein Gerhart Hauptmann nie rechnen darf. Unsere Feuilletonisten können keinen italienischen Orangenkaufmann ansehen, ohne an die abliche Annuität Tizianischer Bildnisse erinnert zu werden. Wir haben eine alexandrinische Bibliothek mit romantisch verzierter Italienliteratur angefüllt. Wir sind Weltbürger, wenn es je welche gab. Die Welt jedoch nennt uns anmaßend, ja sogar chauvinistisch, wie sie den deutschen Staat, den einzigen der Geschichte, der in jahrzehntelanger militärischer Ueberlegenheit Frieden hielt und keine Handbreit Land gewann, einen Eroberungsstaat und eine unerträglich gefährliche Gefahr des Friedens, die kampfreichste, und mit Errungenschaften am höchsten gekrönte deutsche Sozialdemokratie aber als dem Militarismus untertänig und ihrer Sendung untreu bezeichnen. Und während wir die Gemütskranken und Unbeliebtesten geworden sind, schlagen den Franzosen die Herzen entgegen. Diese reisen wenig und tragen, wenn sie reisen, überall ihr Frankreich mit, halten jedem die Ueberlegenheit ihrer Zivilisation unter die Nase, und ihre Sozialdemokratie, kaum ein Viertel so stark wie die deutsche, ohne gewerkschaftliche Leistungen, weiß auf die Ehre sich für Frankreich schlagen zu dürfen. Die unerlösten Brüder um Nizza und auf Korsika bleiben aber von irredentistischer Umschmeichelung respektvoll unberührt.

Woher rührt es ferner, daß der demokratische Typus der Kultur: allgemeine Schulbildung, hohe Arbeitsvorbildung, bewußt organisiertes Handeln der Massen, kräftig entwickelter Gemeininn und Geseßsinn, dieser Typus, den die Deutschen vertreten, bei den angeblich demokratischen Romanen nichts gilt, für die Bewertung einer Nation überhaupt nicht in Betracht gezogen wird, während der alte aristokratische Kulturtypus, für den die gepflegten Lebensformen der Oberschicht alles ausmachen, und die im Analphabetismus, in dumpfen Aberglauben, hilfloser Unorganisiertheit und zivilisationsfremder Bedürfnislosigkeit befangene süditalienische Masse bei der Gesamtabschätzung der Nation schlechthin nicht in Ansatz kommt, dieser Kulturtypus also des 18. Jahrhunderts allein das Maß des Menschlichen ist und bleibt? Uns selbst hat er ja auch zu unbedingten Gläubigen. Wie soll man es begreifen, daß dem demokratischen Ruhm Belgiens Pfaffenherrschaft, elende Elementarbildung und eine traurige Kümmerform der sozialen Gesetzgebung keinen Eintrag tun, die Deutschen hingegen jeder nach dem preußischen Dreiklassenwahlrecht beurteilen will, als ob es im Reich sonst nichts Bemerkenswertes gäbe? Wie erklärt es sich, daß sogar die Nation der Mischts, ohne ausgelacht zu werden, die deutsche „Barbarei“ niederzuringen versprechen darf, und kein Mensch den Aussen die Feldgerichte ankreidet, die noch vor 5 Jahren hängten und schlachteten, jeder aber vor den Fortschritten des mehr als jadenheimigen Dumatsiontionalismus erstarrt tut?

Solche Sachlage sollte uns zum Nachdenken veranlassen. Vielleicht versuchen wir es als Nation in diesem Punkt einmal mit dem sonst von uns so gepriesenen Muster der Westmächte, die überall ihre eigene Art durchzusetzen verstanden haben. Und vielleicht stellen wir im Besonderen als deutsche Sozialdemokraten die organisatorisch sozialistische Tat der eigenen Geschichte in den Vordergrund, vor die revolutionär demokratische der bürgerlichen Vergangenheit.

heit. Vielleicht mußten wir auch einen Kosmopolitismus genauer durch, der sich jetzt als Maske der Dreiverbandsstrategie erwiesen hat; wir haben doch wirklich keinen Grund diese dem eigenen Einfluß und der eigenen Gleichberechtigung vorzuziehen. Vielleicht erwähnen wir uns gar daran den häuslichen politischen Sader etwas weniger unter die Leute zu tragen, damit wir nicht noch einmal die Freiheitsstreiter von Ost und West im Blut unserer Jugend und Mannheit abzuwehren haben, wenn sie nach unserm Besitz greifen und dabei unsere Rettung aus den angeblichen Fesseln des Militarismus als Vorwand nehmen.

Die fleischnot.

Aus ganz Deutschland kommen höchst bedenkliche Nachrichten über gewaltige Steigerungen der Fleischpreise. Die amtliche Statistik hat diese Alarmnachrichten nicht nur bestätigt, sondern noch unterstreichen müssen. Es ergibt sich, daß seit dem Juli vorigen Jahres der Preis für Magerfleisch von 41,17 Mk. auf 78 Mk., d. h. um 89 Prozent gestiegen ist, während der Preis für Fettfleisch sogar von 43,72 Mk. auf 99 Mk., d. h. um 126 Prozent gestiegen ist! Diese Zahlen stammen aus der Berliner amtlichen Statistik und beziehen sich auf den Zentner Schlachtgewicht. Sie werden aber in anderen Städten noch weit übertroffen. In Breslau z. B. hat vor kurzem ein Händler für den Zentner Schweinefleisch nicht weniger als 150 Mark gefordert. Auch für andere Fleischarten sind die Preise in diesem Maße gestiegen; in Berlin kostet jetzt im Detailhandel das Pfund Schweinefleisch 1,80 Mk. bis 2,00 Mk. Der Preis des Pfundes Hammelfleisch schwankt zwischen 1,70 und 1,90 Mk. Das Pfund Rindfleisch kostet 1,40 bis 1,70 Mk. Ralsfleisch in den besseren Stücken 2,30 bis 2,50 Mk. Aus diesen nackten Ziffern ergibt sich, daß sich heutzutage nur noch wirklich begüterte Familien den täglichen Genuß von Fleisch gestatten dürfen, daß aber die ärmeren Volksschichten höchstens noch ein- bis zweimal in der Woche Fleisch genießen können. Die Berichte über den Andrang bei den Freibänken und bei den Abfallstellen der Fleischer ergänzen täglich dieses unerfreuliche Bild.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß wir, soweit diese Dinge überhaupt tatsächlich und zahlenmäßig zu erfassen sind, in Deutschland einen Mangel an Vieh und Fleisch nicht haben. Die letzte Viehzählung vom ersten Dezember 1914, also vier Monate nach Ausbruch des Krieges, hat noch immer ein Resultat ergeben, das sogar in den meisten Ziffern das Vorjahr übertrifft, in jedem Fall aber die Ergebnisse von 1912 und 1913 noch übersteigt! Denn sie betragen, daß gerade bei den für die Volksernährung wichtigsten Kategorien ein nicht unerheblicher Zuwachs gegenüber den vorhergehenden Jahren festgestellt werden konnte. So steht beim Rindvieh einer Zahl von 21 817 769 im letzten Dezember gegenüber einer Zahl von 20 994 340 im Dezember 1913 und gar nur die Zahl von 20 182 021 im Dezember 1912 gegenüber. Innerhalb zweier Jahre ist also der Bestand an Rindvieh um mehr als 1 600 000 Köpfe gewachsen. Bei den Schweinen ist die Steigerung noch viel erheblicher. Davon gab es am 1. Dezember 1914 25 338 627 Stück, das ist allerdings gegenüber dem vorhergehenden Jahre ein kleiner Rückgang, bedeutet aber gegenüber dem Bestand von 1912 einen Zuwachs von mehr als 3 400 000 Stück. Man darf deshalb feststellen, daß der Bestand an Rindvieh und Schweinen zusammen nie höher gewesen ist als im Dezember vorigen Jahres, vier Monate nach dem Beginn des Krieges. Es bedeutet demgegenüber kaum etwas, daß sich die Zahl der Schafe und Ziegen um einen geringen Prozentsatz vermindert hat.

Wenn nun auch inzwischen der Viehbestand verringert sein wird und wenn auch besonders eine starke Abschichtung von Schweinen stattgefunden hat, so bleibt doch immer noch die Behauptung richtig, daß die gegenwärtige Preissteigerung nicht durch Mangel an Vieh hervorgerufen sein kann. Die Ursache liegt vielmehr dort, woher schon so viele unnötige Sorgen und Mängel in der deutschen Kriegswirtschaft gekommen sind: in dem Mangel einer voranschauenden staatl. Organisation und in dem selbst innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sonst seltenen Uebermaß der wucherischen Spekulation des Handels. Eine Verringerung ist nur möglich, wenn sofort und mit rücksichtsloser Energie durchgegriffen wird. So wie es geht es jedenfalls nicht weiter. Es handelt sich auch nicht bloß um eine reine nur äußerliche Ernährungsfrage des deutschen Volkes, es handelt sich um eine eminent nationale Frage. Wer jetzt Deutschland nicht in seiner inneren Wirtschaft sichert, wer die deutsche Bevölkerung nicht in ihrer Ernährung fördert, untergräbt die Wehrkraft gegen die äußeren Feinde.

Der Kampf um die K.G.

Die Kriegsgetreide-Gesellschaft (K.G.) ist durch Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 mit der Aufgabe betraut worden, das im ganzen Lande beschlagnahmte Getreide von den Landwirten zu den Mühlen zu bringen, es vermahlen zu lassen und das Mehl dem Verbrauch zuzuführen. Es war von vornherein klar, daß die K.G. innerhalb dieser Aufgabe in Gegensatz zu verschiedenen Interessen der Landwirtschaft und des Handels kommen müßte, auch Gegenläufe aus Wünschen bei der Verteilung des Mehls müßten von vornherein angenommen werden. Diese Differenzen, in die die K.G. dann auch tatsächlich sehr bald geriet, zeigten sich in scharfe und umfangreiche Preßangriffe um. Von einem geharnischten Artikel des Herrn v. Oldenburg-Zanuschau angefangen bis zu ständigen Nadelstichen in den Börrenteilen bestimmter Handelsblätter hat die K.G. bis auf den heutigen Tag kaum einen Augenblick Ruhe und Frieden genießen können. Diese Angriffe werden jetzt umso stärker, je mehr der Zeitpunkt herannaht, wo es sich entscheiden muß ob die K.G. auch in das zweite Kriegsjahr hinein genommen werden solle, um auch in ihm den Verkehr mit Getreide und Mehl zu organisieren und durchzuführen. Infolgedessen hat die K.G. jetzt wieder einmal, wie schon früher einen Abwehrartikel an die Presse versandt, der ebenso wie die früheren nicht besonders glücklich abgefaßt ist. Es wird in dem Artikel nur darauf hingewiesen, daß die K.G. keine Erwerbsgesellschaft sei, da ihre Gesellschafter ausschließlich aus einzelnen Bundesstaaten und großgewerblichen Unternehmungen bestehen, die ihr Kapital nicht über 5 Prozent verzinst bekämen; ein etwaiger Ueberfluß aber soll sachgemäß zugunsten der Kriegs- und Hinterbliebenenfürsorge dem Reiche überwiesen werden.

Mit dieser Betonung ihres gemeinwirtschaftlichen Charakters und ihrer gemeinnützigen Absichten trifft die K.G. aber garnicht die Vorwürfe, die mit Recht gegen sie erhoben wurden und die Bedenken, die an einzelnen Stellen gegen ihr Weiterbestehen erhoben wurden. Diese Vorwürfe und Bedenken, soweit sie berechtigt waren, lagen darin, daß die K.G. vielfältig in dem Ankauf und in der Verteilung des Getreides und des Mehls schlecht disponiert, daß sie Getreide und Mehl sehr unökonomisch im Lande hin- und hertransportiert, wodurch große überflüssige Kosten entstanden, und daß sie ganz unverhältnismäßig hohe Provisionen an ihre Vermittler gezahlt hatte. Singu kamen schließlich berechtigte Vorwürfe über eine unglaublich schlechte statistische Ueberführung der K.G., die denn, wie bekannt, eine vollkommene Umwälzung des Mehlverbrauchs in den letzten Monaten hervorgerufen hat. Es ergab sich danach zuerst, daß angeblich so gut wie gar kein Weizenmehl zur Verfügung stände, während wir jetzt geradezu gezwungen werden, Weizenmehl stärker zu verbrauchen. Viele dieser Fehler, soweit sie tatsächlich vorgekommen sind, hatten ihre Ursache zweifellos in Gründen, die nicht allein der Verwaltung der K.G. zugeschoben werden dürfen. Es waren zum Teil sogenannte Kinderkrankheiten, die jede Neuorganisation durchzumachen hat. Man darf auch nicht vergessen, daß alle diese wirtschaftlichen Maßnahmen im Frieden nicht irgendwie vorhergesehen oder gar vorbereitet worden waren.

Die Sozialdemokratie hat sich deshalb in ihrer Kritik der K.G. immer eine große Zurückhaltung aufgelegt, da sie einerseits die wirklichen Ursachen der Mängel der K.G. sofort erkannt und andererseits keinen Anlaß hatte, die sehr durchsichtigen Machinationen der Agrarier und der Händler gegen die K.G. im Versuch und Vogen zu unterstützen. Diesen Standpunkt werden wir auch weiterhin in dem Kampf um die K.G. einnehmen müssen. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß durch sachliche Kritik in Presse und Parlament die tatsächlichen Mängel der K.G. immer mehr behoben werden, und daß sie ihre Aufgaben immer mehr ohne jede Rücksicht auf private Profitinteressen durchführen kann. Wenn wir unter diesen Voraussetzungen dann auch für die Erhaltung der K.G. eintreten, so tun wir das nicht, um der K.G. selber willen, sondern im Interesse der werktätigen Bevölkerung, die ein Recht darauf hat, durch gerechte Verteilung der Vorräte bei billigen Preisen genügend Quantitäten zur Ernährung zu bekommen. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Beschlagnahme der Vorräte und ihre weitere Verteilung von einer Zentralkasse aus geleitet wird, von einer Zentralkasse, die nicht privatkapitalistischen Interessen untersteht, sondern von Regierung, Parlament und Presse ständig beaufsichtigt und kontrolliert werden kann.

Die Antwortnote der Vereinigten Staaten.

Washington, 12. Juni. (Nicht amtlich.) Die gestern von dem hiesigen Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Amerika im Auswärtigen Amt überreichte Mitteilung vom 10. d. M. lautet in der Uebersetzung:

Eurer Erzellenz Ersuchen entsprechend, habe ich nicht verfehlt, meiner Regierung unmittelbar nach Empfang Ihrer in Beantwortung meiner Note vom 15. Mai an mich gerichtete Note vom 28. Mai zu übermitteln. Desgleichen Ihre ergänzende Note vom 1. Juni, die die Schlussfolgerungen darlegt, zu denen die kaiserlich deutsche Regierung bisher in der Frage des Angriffs gegen

die amerikanischen Dampfer „Cushing“ und „Gulflight“ gelangt ist. Ich bin jetzt von meiner Regierung beauftragt worden, als Erwiderung nachstehendes mitzuteilen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten vernimmt mit Befriedigung, daß die kaiserlich deutsche Regierung bei Erörterung der Fälle „Cushing“ und „Gulflight“ den Grundsatz voll anerkennt, wonach alle Teile der offenen See für neutrale Schiffe frei sind und daß die kaiserlich deutsche Regierung aufrichtig gewillt ist, ihre Verbindlichkeit anzuerkennen und auszuführen, wenn die Tatsache eines Angriffs auf neutrale Schiffe, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig gemacht haben“ durch deutsche Flieger oder Kriegsschiffe genügend nachgewiesen ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird der kaiserlich deutschen Regierung ihrem Ersuchen entsprechend, feinerzeit das vollständige Material über den Angriff auf den Dampfer „Cushing“ unterbreiten. Was

die Versenkung des Dampfers „Palapa“ betrifft, durch die ein amerikanischer Bürger sein Leben verloren hat, so ist die Regierung der Vereinigten Staaten erstaunt, von der kaiserlich deutschen Regierung die Auffassung vertreten zu sehen, daß das Bestehen eines Handelschiffes, sich der Sperrung zu entziehen, und Hilfe herbeizurufen, etwas an der Verletzung des die Sperrung antretenden Offiziers in Bezug auf die Sicherheit des Lebens der an Bord befindlichen Passagiere ändern soll, auch wenn das Schiff im Augenblick der Torpedierung seinen Fluchtversuch bereits aufgegeben hatte. Dies sind keine neuen Umstände. Staatsmänner und Kenner des internationalen Rechts halten sie während der ganzen Entwicklung des Seekriegsrechts vor Augen und die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht der Ansicht, daß diese Umstände ebenfalls so aufgefaßt werden seien, als könnten sie etwas an den Grundsätzen der Menschlichkeit ändern, auf denen die amerikanische Regierung von je gekantet hat. Lediglich tatsächlich, gewalttätiger Widerstand, oder fortgesetztes Bestreben eines Handelschiffes, zu entweichen, nachdem der Befehl zum Anhalten zwecks Durchsuchung ergangen ist, hat nach der bisherigen Auffassung das Leben der Passagiere und Mannschaft verwirrt. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt jedoch nicht an, daß die kaiserlich deutsche Regierung sich in diesem Falle ihrer Verpflichtung entziehen will, sondern nur die Umstände dazwischenlegen wünscht, die den Kommandanten des Unterseebootes veranlassen, sich bei seinem Vorgehen ein eiliges Vorgehen zu erlauben.

Eurer Erzellenz Note weist bei der Erörterung der Verluste von amerikanischen Menschenleben anlässlich der Versenkung des Dampfers „Lustania“ mit ziemlicher Ausführlichkeit auf gewisse Nachrichten hin, die der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich des Charakters und der Ausrüstung dieses Schiffes zugegangen sind und Eure Erzellenz geben der Befürchtung Ausdruck, daß diese Nachrichten nicht zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten gelangt sein könnten. In der Note wird behauptet, daß die „Lustania“ zweifellos bewaffnet gewesen sei, im besonderen verstedte Geschütze geführt habe, daß sie mit ausgebildeter Besatzungsmannschaft für die Geschütze und besonderer Munition versehen gewesen sei, Truppen von Kanada befördere, eine Ladung an Bord gehabt habe, die nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten für ein Schiff, das auch Passagiere befördert, nicht zulässig gewesen sei und daß sie ihrem Wesen nach als Dampfschiff der englischen Seestreitkräfte gedient habe. Glücklicherweise sind dies Angelegenheiten, bezüglich derer die Regierung der Vereinigten Staaten in der Lage ist, der kaiserlich deutschen Regierung amtlich Aufklärung zu geben.

Falls die in Eurer Erzellenz Note angeführten Tatsachen zuträfen, wäre die Regierung der Vereinigten Staaten verpflichtet gewesen, davon amtlich Kenntnis zu nehmen in Ausübung ihrer anerkannten Pflicht als neutrale Macht und in Anwendung ihrer nationalen Gesetze. Es wäre ihre Pflicht gewesen, darauf zu achten, daß die „Lustania“ für ein angriffsweises Vorgehen nicht bewaffnet war, daß sie keine Ladung führte, die durch die Gesetze der Vereinigten Staaten verboten war und daß sie, wenn sie tatsächlich ein englisches Flottenschiff war, keine Klavierpapiere als Handelschiff erhalten dürfte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat diese Pflicht erfüllt und ihre Gesetze mit gewissenhafter Wachsamkeit durch ihre ordnungsgemäß bestellten Beamten zur Anwendung gebracht; sie ist deshalb in der Lage, der kaiserlich deutschen Regierung zu versichern, daß diese falsch informiert war. Sollte die kaiserlich deutsche Regierung der Auffassung sein, daß sie überzeugende Beweise besitzt, wonach die Beamten der Regierung der Vereinigten Staaten ihre Pflicht nicht gründlich erfüllt haben, so gibt sich die Regierung der Vereinigten Staaten der aufrichtigen Hoffnung hin, daß die kaiserlich deutsche Regierung dieses Beweismaterial zur Prüfung unterbreiten will.

Was immer auch die Behauptung der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich der Beförderung von Kriegsmunition an Bord der „Lustania“, oder hinsichtlich der Explosion dieses Materials durch den Torpedoschuss sein möge, so braucht nur gesagt zu werden, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung diese Behauptung für die Frage der Zweckmäßigkeit des von den deutschen Marinebehörden bei Versenkung des Schiffes angewandten Verfahrens unerheblich sind. Allein die Versenkung von Passagierdampfern berührt Grundsätze der Menschlichkeit, denen gegenüber die besonderen einzelnen Umstände, die in den Versenkungsfällen mitsprechen könnten, in den Hintergrund gedrängt werden, Grundsätze, die eine solche Versenkung, wie die kaiserlich deutsche Regierung zweifelsohne ungesäumt erkennt und anerkennen will, aus der Reihe der gewöhnlichen Gegenstände diplomatischer Erörterung oder internationaler Streitfragen hinausgehen.

Was immer die sonstigen Tatsachen im Falle der „Lustania“ sein mögen, die Hauptfrage bleibt, daß ein großer Dampfer, der in erster Linie vorzugsweise als Beförderungsmittel für Passagiere diente und ausgerüstet wurde, Menschen beförderte, die keinerlei Anteil an der Kriegführung hatten, torpediert und versenkt wurde ohne geringsten Anruf oder Warnung, und daß Männer, Frauen und Kinder unter Umständen, für die es in der modernen Kriegführung kein Beispiel gibt, in den Tod geschickt wurden. Die Tatsache, daß mehr als hundert amerikanische Bürger unter denen waren, die zu Grunde gingen, macht es der Regierung der Vereinigten Staaten zur Pflicht, von diesen Dingen zu sprechen und erneut mit feierlichem Nachdruck die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortlichkeit zu lenken, die sie nach Ansicht der Re-

gierung der Vereinigten Staaten bei dieser tragischen Begebenheit auf sich geladen hat und auf den unanfechtbaren Grundsatz, worauf die Verantwortung beruht. Die Regierung der Vereinigten Staaten bemüht sich um etwas Größeres, als bloße Eigentumsrechte, oder Handelsprivilegien, sie bemüht sich um nichts weniger Erhabenes und Heiliges, als die Rechte der Menschlichkeit, durch deren Achtung sich jede Regierung ehrt, und auf die keine Regierung im Interesse der in ihrer Obhut und Gewalt Befindlichen verzichten darf. Nur tatsächlicher Widerstand gegenüber der Sperrung oder die Weigerung anzuhalten, wenn dies zu Durchsuchungszwecken befohlen war, hätte dem Führer des Unterseebootes diese Berechtigung geben können, das Leben der an Bord Befindlichen in Gefahr zu bringen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die ausdrückliche, am 8. August 1914 durch die kaiserlich Deutsche Admiralität an ihre Seeroffiziere erlassene Instruktion diesen Grundsatz anerkennt und zur Geltung gebracht hat, wie dies auch die Priifernordnungen aller anderen Nationen tun, und jeder Meisende und Seemann hätte ein Recht, sich darauf zu verlassen. Auf diesem Grundsatz der Menschlichkeit sowohl, als auf dem Gesetze, das sich darauf gründet, müssen die Vereinigten Staaten darauf bestehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt mit Vergnügen wahr, daß Eurer Erzellenz Note mit der Anbeutung schließt, daß die kaiserlich deutsche Regierung jetzt wie vorher geneigt ist, die guten Dienste der Vereinigten Staaten anzunehmen bei einem Versuche, mit der Regierung von Großbritannien zu einer Verständigung über eine Verringerung des Charakters und der Bedingungen des Seekrieges zu gelangen. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde es als

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

Tagesbericht vom Samstag.

Berlin, 12. Juni. Großes Hauptquartier. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Feindliche Angriffe in den Dünen nördlich von Nieuport und bei Wannepensbere auf dem Dünengebiet der Lorettohöhe und gegen Souchez wurden abge-

schlagen.
In dem Nahkampf nördlich Curie (Labyrinth) setzten die Franzosen gestern zweimal frische Kräfte zum Angriff ein. Es gelang, den Feind am Nachmittag vollkommen aus unseren Stellungen zu werfen. Ein abendlicher neuer Vorstoß der Franzosen brach im Infanteriefeuer zusammen; der zurückflutende Feind erlitt sehr erhebliche Verluste.

Bei Serre (südöstlich Hébuterne) sind wir von unseren rückwärtigen Stellungen wieder im Vorgehen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
An der Dubissa in Gegend Roginie und Bethgola mislangen russische Vorstöße.

Nördlich Przasnyss griffen unsere Truppen an, stürmten eine russische Stellung und nahmen 150 Gefangene, einige Maschinengewehre und Minenwerfer.

An der Rawa halbwegs Polimow-Sochacz brachen wir in die feindliche Stellung ein. Bis jetzt wurden 500 Russen gefangen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Ostlich Przemysl ist die Lage unverändert.
Die Armee des Generals von Linzinger hat den von Norden her gegen ihren Flügel vorgehenden Feind angegriffen; Zurawno, das vor dem Anmarsch russischer Kräfte vorgestern geräumt worden war, ist wieder genommen und der Gegner in die Brückenköpfe bei Mlyniska (nordwestlich Zurawno) und Zbyaczow zurückgeworfen. Feindliche Angriffe bei Halicz und auf Stanislaw wurden abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

Tagesbericht vom Sonntag.

Ueber 10000 Russen gefangen.

8 Geschütze u. 17 Maschinengewehre erbeutet.

Berlin, 12. Juni. Großes Hauptquartier, 12. Juni, vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Bei Nieuport-Dizmuiden nördlich Arras und bei Hébuterne fanden Artilleriekämpfe statt. Schwächliche Angriffsversuche des Gegners in den Dünen wurden abgewiesen. Südöstlich Hébuterne sind Infanteriegefechte im Gange.

Die militärischen Anlagen von Luneville wurden mit Bomben belegt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Nordwestlich Szawle machten unsere Angriffe gute Fortschritte. Ruze wurde im Sturm genommen. Feindliche Gegenstöße scheiterten. 8 Offiziere, 3350 Mann und 8 Maschinengewehre waren unsere Beute.

Südöstlich der Straße Mariampol-Rowno haben die Kämpfe gegen von Süden herangekommene russische Verstärkungen erneut begonnen. Nördlich Przasnyss wurden weitere 150 Gefangene gemacht.

Unserem Einbruch in die feindlichen Linien südlich Polimow folgten in der Nacht russische Gegenangriffe, die gänzlich erfolglos blieben. Die gewonnenen Stellungen sind fest in unserer Hand. Unsere Beute stieg an dieser Stelle auf 1660 Gefangene, 8 Geschütze (darunter zwei schwere) und 9 Maschinengewehre.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Der Brückenkopf von Siemiatowa wurde gestern wieder genommen. Der Gegner ließ über 5000 Gefangene in unserer Hand. Nördliche Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Auch östlich Jaroslau und östlich Przemysl lebte der Kampf wieder auf. Die Truppen des Generals von Linzinger haben Mlyniska genommen. Der Angriff auf Zbyaczow ist im Fortschreiten.

Oberste Heeresleitung.

einen Vorzug betrachten, auf diese Weise ihren Freunden und der Welt einen Dienst leisten zu können. Sie ist jederzeit bereit, jeder der beiden Regierungen Andeutungen oder Anregungen zu übermitteln, die die andere zu übernehmen würdigt und laßt die kaiserlich deutsche Regierung herzlich ein, von ihren Diensten in dieser Richtung nach Belieben Gebrauch zu machen. Die ganze Welt wird mitbetroffen von allem, was auch nur einen teilweisen Ausgleich der Interessen herbeizuführen, oder irgend wie die Schreden des gegenwärtigen unseligen Konflikts zu mildern geeignet ist. Welche Vereinbarung auch immer zwischen den kriegführenden Parteien glücklich getroffen werden mag und was immer nach Ansicht der kaiserlich deutschen Regierung in der Vergangenheit für die Handhabung ihrer Seebefehle als Herausforderung oder als verhältnismäßige Rechtfertigung in Betracht kommen mag, die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet zurecht, daß die Gerechtigkeit und Menschlichkeit der deutschen Regierung in allen Fällen, wo Amerikaner geschädigt oder ihr Recht als Neutrale verletzt worden sind, zur Geltung gebracht werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erneuert deshalb ernstlich und feierlich die Vorstellungen, die sie in ihrer Note am die kaiserlich deutsche Regierung vom 15. Mai erhoben hat, und fügt sich bei diesen Vorstellungen auf die Grundsätze der Menschlichkeit, die allgemein anerkannten Anschauungen des internationalen Rechts und die alte Freundschaft mit dem deutschen Volke. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht zugeben, daß die Proklamierung einer Kriegszone, vor der neutrale Schiffe gewahrt worden sind, irgendeine als eine Verletzung von Rechten amerikanischer Schiffseigentümer oder amerikanischer Bürger ausgelegt werden kann, die sich auf erlaubten Reisen als Passagiere an Bord von Handelschiffen einer kriegführenden Nation befinden. Sie glaubt nicht, daß die kaiserlich deutsche Regierung diese Rechte in Frage stellt. Sie glaubt auch, daß die kaiserlich deutsche Regierung als auch Zweifel bestehend, die Grundsätze annehmen, daß Leben von Nichtkämpfern geschützt oder rechtmäßig nicht in Gefahr gebracht werden dürfen durch Sperrung oder Beschränkung eines Handelschiffes, das keinen Widerstand leistete und daß die kaiserlich deutsche Regierung die Verpflichtung anerkennt, die nötige Vorsicht anzuwenden bei der Feststellung, ob ein verdächtiges Handelschiff tatsächlich einer kriegführenden Nation angehört, oder tatsächlich Kriegslieferanten unter neutraler Flagge führt. Die Regierung der U. S. darf deshalb erwarten, daß die kaiserlich deutsche Regierung die nötigen Maßnahmen ergreifen wird, um diese Grundsätze hinsichtlich der Sicherung amerikanischen Lebens und amerikanischer Schiffe zu verwirklichen und bittet um die Zusicherung, daß dies geschehen wird.

Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Erzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.
gez. James Gerard.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Entsetzliche Verluste der Franzosen.
Berlin, 13. Juni. Londoner Blätter melden laut „Rheinisch-Westfälischer Zeitung“ aus Frankreich, daß die französischen Truppen bei den jüngsten Kämpfen bei Neuville, Carency und an der Lorettohöhe entsetzliche Verluste erlitten haben, die mindestens auf 18 000 Mann geschätzt werden.

Gewaltige englische Verluste.
London, 13. Juni. Die „Daily Mail“ weist darauf hin, daß die englischen Verluste in 12 Tagen über 30 000 Mann betragen haben.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Der österreichische Bericht vom Samstag.

Wien, 12. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 12. Juni mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.
Zwischen Dnjestr und Pruth bekämpften die Truppen der Armee Pflanzner neuerdings mehrere russische Stellungen. Die Orte Jeziezany und Mezgiska nördlich Oberytn wurden erobert. Unsere siegreichen Truppen drangen gegen Czernelica vor und haben dort östlich Horodenska den Dnjestr überschritten. Zaleszczyki wurde genommen. Gegen diese Stadt richteten die Russen gestern und während der Nacht verzweifelte Angriffe, die alle unter schwersten Verlusten des Feindes abgewiesen wurden. Auch die Abtate eines Kosakenregiments brach in unserem Feuer vollständig zusammen.

In der Bukowina mußten die Russen auch die letzten Stellungen am Pruth aufgeben. Sie zogen sich, von unseren Truppen scharf verfolgt, unter großen Verlusten über die Reichsgrenze zurück. Die heftigen Kämpfe der Armee Pflanzner brachten an

5000 Gefangene

ein.
Südlich des oberen Dnjestr dauert der Kampf noch fort. Ein russischer Gegenangriff auf Stanislaw wurde abgewiesen. Zurawno, das infolge Eintreffens russischer Verstärkungen geräumt worden war, wurde gestern von den verbündeten Truppen wieder genommen.

Der österreichische Bericht vom Sonntag.

Wien, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 13. Juni mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.
In Südgalizien bringen die Truppen der Armee Pflanzner weiter siegreich vor. Nach harinadigen Kämpfen wurden gestern Trzshymenica, Flumacz und die Höhen nördlich Dlesca genommen. Südlich Czernelica wird gekämpft. Neue russische Angriffe gegen Zaleszczyki wurden blutig abgewiesen.

Aus der Bukowina, über die die Reichsgrenze vordringend, warfen unsere Truppen die Russen aus ihren längs der Grenze verbreiteten starken Stellungen zurück. In der Verfolgung wurden mehrere Orte Westarabien besetzt. Weitern fielen

1560 Gefangene

in die Hände der Verbündeten.

An
erfolgre
starke r
Zu
garischer
n i a w
griffs z
der S
gefange
Die

Be
re
daß Le
deutsche
Lemberg
vorberei
Trot
erlitten
Krieg un
Gebiet

4

der „W
niger a
Tat.
wenn di
find. I
„Wellfa
einen L

Couran
head au
ler am
Nadrinn
pide
berje

Deste
D
dauern
lichen
an Bur
faßt.

Gest
gen
aber w
An
feindlich
M o n t
sich den
winne
An
räumen
Cort
Dorg

Deste
Am
mentlich
11. Jun
sich, die
R u d g
die Sta
lang es
den Fei
behalten

In
die Gef

Schu

Ber
Un
des „B
der S
Darnad
feuerun
bedingt
Schweiz
Grenze
gemein
Joch f
gefch

Ge
Agentu
Di
band
Der Be
noch ni
gegenw
nicht

Am oberen Dnjepr-Ufer greifen die Verbündeten erfolgreich in der Richtung auf Zydacz an, wo noch starke russische Kräfte das südliche Dnjepr-Ufer halten.

In Mittelgalizien führte ein Angriff österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen zur Besetzung von Sienawa und nach Abwehr eines starken feindlichen Angriffs zur Erstürmung sämtlicher Stützpunkte nordöstlich der Stadt. Hierbei wurden

3500 Russen

gefangen.

Die sonstige Lage ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Große Sorge in Petersburg um Lemberg.

W.B. London, 12. Juni. Die „Times“ melden aus Petersburg: Hier herrscht große Besorgnis, daß Lemberg fallen könne. Die russischen Behörden treffen alle Vorbereitungen, die Stadt zu räumen. Große deutsche und österreichisch-ungarische Heere sind nahe bei Lemberg konzentriert. Man ist auf den Fall der Stadt vorbereitet.

Trotz der vielen Niederlagen, die Rußland in Galizien erlitten hat, ist die russische Regierung fest entschlossen, den Krieg wenigstens so lange fortzuführen, bis das russische Gebiet vom Feinde geräumt ist.

Der Kampf zur See.

„45 Schiffe in weniger als einer Woche zerstört.“

W.B. London, 13. Juni. Der Flottenkorrespondent der „Morning Post“ schreibt: 45 Schiffe in weniger als einer Woche zerstört, das ist eine große Tat. Der Unterseebootskrieg kann erst ausgerottet werden, wenn die Besten, die Unterseeboote herstellten, zerstört sind. Das Blatt stellt weiter fest, daß die Fischereifahrzeuge „Bellfare“ und „Laurestina“ die ersten waren, die durch einen Luftangriff vernichtet wurden.

Weitere Erfolge unserer U-Boote.

W.B. Rotterdam, 12. Juni. Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: 40 Meilen südlich Orbead auf der Höhe von Kinala wurde wieder ein Trawler aus Nowestadt versenkt. Die Besatzung trieb ohne Nahrung 27 Stunden in Booten umher.

W.B. London, 13. Juni. Der Trawler „Intrepid“ wurde in der Nordsee durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Der Krieg mit Italien.

Oesterreichischer Bericht vom Samstag. Die einzelnen Gefechte und Artilleriekämpfe am Sonzodauern fort. Bisher haben die Italiener auf dem östlichen Flußufer bei Ronfalcone und Karfreit an Punkten, die vor unserer Kampffront liegen, Fuß gefaßt.

Gestern erlitten gegnerische Abteilungen beim Morgengrauen die bei Plava liegenden Uferhöhen, wurden aber wieder herabgeworfen.

An der kärntnerischen Grenze wiesen unsere Truppen feindliche Angriffe auf die Uferhöhen in der Gegend des Monte Parabla ab und besetzten diesen. Ein Versuch der Italiener, den Monte Bianco wieder zu gewinnen, scheiterte.

An sonstigen nicht sich der Feind in den einzelnen Grenzräumen an unsere Stellungen heran. So steht er in Cortina d'Ampezzo, Fiera di Primiero und Borgo.

Oesterreichischer Bericht vom Sonntag

Am Sonzodauern fanden an den beiden letzten Tagen namentlich bei Plava ernstere Gefechte statt. Der dort am 11. Juni von der Brigade Radona unternommene Versuch, die östlichen Uferhöhen zu gewinnen, endete mit einem Rückgang dieses Feindes. Gestern früh überschritten die Italiener erneut den Fluß. Nach heftigem Kampf gelang es unseren Truppen, den sich fortwährend verstärkenden Feind zurückzuwerfen und die eigenen Stellungen, vor denen über 400 tote Italiener liegen, fest in der Hand zu behalten.

An Kärntner und Tiroler Grenzgebiet dauern die Geschützkämpfe fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Schutzmaßnahmen der Schweiz gegen die Italiener.

Berlin, 13. Juni. In einem Telegramm aus dem Unter-Engadin schildert der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatt“ die Schutzmaßnahmen der Schweizer an der italienischen Grenze. Darnach scheint man in der Schweiz den italienischen Beteuerungen, man wolle die schweizerische Neutralität unbedingt respektieren, nicht recht zu trauen. Die Schweizer haben denn auch gerade an der Bündnerischen Grenze ungemein starke Befestigungen errichtet und ungemein große Truppenmengen versammelt. Am Stillfer Joch sollen Italiener bereits auf schweizerische Truppen geschossen haben.

Die Haltung Rumäniens.

Genf, 12. Juni. Eine Note der Pariser Sabas-Agentur vom 10. Juni aus Bukarest besagt: Die Verhandlungen mit dem Dreierband haben zu keiner Einigung geführt. Der Zeitpunkt von Rumäniens Eintritt in den Krieg steht noch nicht fest. Es heißt, daß Rumänien wünscht, im gegenwärtigen Augenblick auch die Neutralität nicht aufzugeben.

Dieser Unwille Rußlands gegen Frankreich.

W.B. Petersburg, 13. Juni. Die „Nowoje Wremja“ gibt dem tiefen Unwillen der russischen Bevölkerung Ausdruck über die Schwächlichkeit und Zerstreutheit der Angriffe auf der Westfront, die den Moment zur Offensive vorübergehen ließen, wo der Feind durch Operationen an der Ostfront geschwächt war. Das Blatt hofft, daß endlich die angelegentlich Offensivoffensive Joffres zur Tat werde.

Englisches Vorgehen gegen Schweden.

W.B. Stockholm, 12. Juni. (Nicht amtlich.) Stockholm, „Dagbladet“ meldet aus Helsingborg: In den letzten Wochen sind zahlreiche Schiffe mit Salpeter, die für Schweden bestimmt waren, von den Engländern aufgebracht und zurückgehalten worden. Die Ladungen sind teilweise bereits in England gelichtet, die Lastfahrzeuge dem Prisenrecht überwiesen worden. Infolgedessen besteht für die schwedische Superphosphatindustrie die Gefahr, aus Mangel an Rohstoffen den Betrieb einstellen zu müssen, was für Tausende von Arbeitern sowie für die Landleute verhängnisvoll wäre. Die betreffende Industrie fordert daher ein Eingreifen der schwedischen Regierung, um eine Aenderung des Zustandes herbeizuführen.

Keir Hardie erkrankt.

W.B. London, 13. Juni. Der Abgeordnete Keir Hardie ist aus Gesundheitsrücksichten genötigt, sich mindestens 6 Monate aller Arbeit zu enthalten.

Ramsay Macdonald über die Schuld Grey's am Kriege.

Das Mitglied des Unterhauses Ramsay Macdonald, der Führer der radikalen Arbeiterpartei in England, hat im „Labour Leader“ einen Artikel unter der Ueberschrift veröffentlicht: „Warum wir Krieg führen, die Verantwortung Sir Edward Grey's.“ Dann sagt er:

Als es Sir Edward Grey nicht glückte, den Frieden zwischen Deutschland und Rußland zu sichern, arbeitete er bewußt in einer Richtung, um England in den Krieg zu stürzen, wofür er Belgien als die hauptsächlichste Entschuldigung anführte. Viele von uns haben seit den letzten acht Jahren Sir Edward Grey als eine drohende Gefahr für den europäischen Frieden betrachtet. Als Aquith und Grey dem Unterhause fortdauernd versicherten, daß England durch die Entente mit Frankreich keinerlei Verpflichtungen auf sich genommen habe, sagten sie etwas, was wohl dem Wuchst nach richtig, aber in der Tat unrichtig war. Deshalb gaben dumme und uneheliche Staatsmänner der Entente, den Vorzug vor der „Bundesgenossenschaft“. Als Sir Edward Grey die Sympathien Englands hierfür erwecken wollte, mit der Behauptung, daß die Nordküste Frankreichs unverteidigt sei, sagte er nicht, daß man gerade sich dahin verständigt hatte, daß sie unverteidigt bleiben und die französische Flotte sich im Mittelmeer konzentrieren solle. Als Sir Edward Grey Mitteilungen über die Unterhandlungen im Unterhause machte, hielt er es für unmöglich, die volle Wahrheit zu sagen. Er tabelte die deutsche Garantie, weil darin wohl die Unverletzlichkeit Belgiens, aber nicht die Unabhängigkeit Belgiens garantiert werde. Aus den offiziellen, später bekannt gegebenen Dokumenten ergab sich jedoch, daß die Unabhängigkeit in der Tat dennoch garantiert worden war. Hätte Sir Edward Grey im Unterhause alles gesagt, das heißt, hätte er auch das Anerkennen des deutschen Vorkaufers vom 9. August mitgeteilt, dann hätte er mit seiner Rede keine Kriegsstimmung hervorgerufen können. Der europäische Krieg ist eine Folge des Bestehens einer Entente und eines Bündnisses und der Geheimnisse der auswärtigen Politik Sir Edward Grey's. Die im Unterhause gegebenen Rechtfertigungen sind nichts anderes als Entschuldigungen, die ein Minister stets für seine Fehler anführen kann. Dieser Krieg ist ein Krieg der Diplomaten und durch ein halbes Duzend Männer verursacht worden. Ein halbes Duzend Männer brachten Europa an den Rand des Abgrundes, und Europa stürzte hinein, da es sich nicht helfen konnte. Und warum geschah diese Greuel? Wir können nicht anders antworten als: Weil Sir Edward Grey während der letzten acht Jahre unsere auswärtige Politik geleitet hat und seiner Kurzsichtigkeit und seinen Fehlern alles zuzuschreiben ist.

Die „Times“ protestiert gegen die Auslassungen und sagt, daß Macdonald hiermit den Namen Englands beflecke.

Ausland.

Frankreich.

Hervé und die portugiesische Revolution. Das Hervé sich von der letzten Revolution in Portugal berichtet, drückt er in seiner „La Guerre Sociale“ vom 31. Mai in der folgenden Notiz aus: „Die Wähl unseres großen Freundes Theophile Braga zum Präsidenten der portugiesischen Republik bedeutet einen großen Sieg für die Alliierten. Es ist dies die absolute Gewissheit der Entsendung von zwei oder drei Armeedivisionen von Portugal nach Frankreich. Theophile Braga ist der Urheber aller fortschrittlichen Manifestationen, welche seit dem Monat August in Lissabon stattgefunden haben, wie auch der Urheber der Protestation der portugiesischen Intellektuellen gegen das Manifest der 93 Deutschen. Nach Italien wird also auch Portugal, eine weitere lateinische Nation, sich auf die Seite Frankreichs stellen. Es lebe die portugiesische Republik!“

England.

Vorwärtende Neuwahlen. Das liberale englische Blatt „British Weekly“ erklärt, die Regierung werde wahrscheinlich an die Wähler appellieren, um zu erfahren, ob sie noch das Vertrauen des Volkes besitze. Es wird für wahrscheinlich angesehen, daß die Wahlen schon in nächster Zeit ausgeschrieben werden.

Die Gewerkschaften als Helfer in der Not. Einer Umstürzler Meldung zufolge empfing Lloyd George am Donnerstag die Vertreter von 20 Organisationen der Gewerkschaften in seinem Ministerium, wo eine lange Konferenz abgehalten wurde über die Frage, wie die vorhandenen Arbeitskräfte besser zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit in der Munitionsherstellung herangezogen werden könnten.

Rußland.

Munitionsversorgung über Kanada. „Svenska Dagbladet“ in Stockholm bringt eine Petersburger Meldung, nach der Rußland ein Uebereinkommen mit der kanadischen Pacificbahn wegen einer regelmäßigen Verbindung durch Kanada (offenbar aus dem Vereinigten Staaten) nach Nordwest getrossen habe. Diese Verbindung sei mit Rücksicht auf den Munitionstransport errichtet worden.

Deutsche Politik.

Ein Angriff auf die Freizügigkeit.

Der Güterdirektor der Stadt Berlin macht in den „Grenzboten“ einen recht furiosen und mittelalterlichen Vorschlag zur angeblichen Sicherung der Volksernährung. Das Organ des Bauernbundes, der nationalliberale „Deutsche Kurier“, verbreitet diesen Vorschlag weiter. Der Herr Direktor in der fortschrittlichen Stadtverwaltung fordert, daß jeder in eine Großstadt und besonders nach Berlin Zugehende ein „Einbürgerungsgeld“ zahlen, das dann zur Kultivierung eines nach seiner Produktionsfähigkeit dem Gemüse- und Kartoffelverbrauch des Eingebürgerten entsprechenden Stücke Deuland verwendet werden soll, sodaß die Volksernährung eine weitere Stärkung und Sicherung erhalte. Nun sind die Sozialdemokraten zwar von jeher für möglichst umfassende Kultivierung der Deuländerereien im Interesse der Sicherung und Verbesserung der Volksernährung eingetreten und sie haben die Gelder hierfür, wo immer sie gefordert wurden, stets und gern bewilligt. Aber diese Gelder in der Art der mittelalterlichen Kopfsteuer für Städtebewohner aufzubringen, heißt nichts anderes als die Freizügigkeit aufheben, um den Agrariern billige Arbeitskräfte zu gewährleisten. Deshalb kann dieser famose Vorschlag des Güterdirektors der Stadt Berlin nicht früh genug zurückgewiesen werden.

Die Grute der Spiritusbrenner.

In der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ der Agrarier und Spiritusbrenner, wird gewünscht, daß jetzt die dem deutschen Volke durch eine geradezu verbrecherische Art und Weise gewisser Interessenten vorenthaltenen Kartoffeln den Brennereien zur Verfügung gestellt werden möchten, denn „die Umwandlung der Kartoffeln in Spiritus komme der Aufbewahrung der Kartoffelbörse gleich, da in dem nämlichen Maße die neue Kartoffelernte für Brennzwecke entlastet wird, und die bei der Spiritusbereitung gewonnene Schlempe werde merklich zur Linderung des sehr empfindlichen durch die Trockenheit der letzten Zeit noch verschärften Futtermangels beitragen.“

Weiter jagt das Blatt: „Die Verlängerung des landwirtschaftlichen Brennereibetriebes über den 15. Juni hinaus, die sonst unter eine Sondergabe von 3 Mark gestellt war, ist für das laufende Betriebsjahr von dieser Erdwernis befreit worden. Es wird zweifellos dafür Sorge getroffen werden, daß auch den Brennereien, die bereits ihren diesjährigen Durchschnittsbrand erlabigt haben, keine Schwierigkeiten für die Fortleitung oder die Neuaufnahme des Betriebes während der nächsten Monate entstehen.“

Das Blatt kann auch bereits berichten, daß „nach der Ansicht unterrichteter Stellen Entschließungen der Reichsregierung bevorstehen, um für die Verarbeitung der Kartoffelüberschüsse neben einer bis zur vollen Leistungsfähigkeit reichenden Beschäftigung der Trockenkartoffelgewerbe auch die Brennereien heranzuziehen.“

Nachdem die große Masse des Volkes für die Kartoffeln hat ungeheure Preise zahlen müssen, um sie überhaupt kaufen zu können, werden die Konsumenten des Brennschrotens diesen um so teurer zahlen müssen, trotz aller Vergünstigungen, die die Spiritusbrenner erhielten. Und einer solchen Volksauspöckerung wird kein Halt geboten!

Empfindliche Strafe.

Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurteilte den Händler Hermann Scheffmeyer, der die Kriegsfürsorge mehrere Monate lang um Mietschuldigkeiten betrogen hatte, zu acht Monaten Gefängnis.

Aus der Partei.

Parteierföhrung.

Unter diesem Stichwort schreibt die „Chemnitzer Volksstimme“:

Das Treiben einer kleinen Gruppe von Sozialdemokraten in Deutschland, die mit der Haltung der großen Mehrheit der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses nicht einverstanden sind, hätte kaum irgend welchen besorgniserregenden Charakter annehmen können, wenn sie nicht fortgesetzt weitgehende Unterstützung durch Parteigenossen und sozialdemokratische Blätter in den neutralen Ländern erhalten hätte. Man hat es uns betragt, daß wir von Parteierföhrern und Parteiberberden wegen der Ministerarbeit geschrieben haben, die in aller Heimlichkeit, aber ganz systematisch in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft betrieben wird. Wir sind heute in der Lage, den Beweis dafür zu erbringen, wie recht wir hatten, wenn wir behaupteten, daß ganz planmäßig darauf hingearbeitet wird, die deutsche Sozialdemokratie zu zersprengen, indem unter Aufwand von möglichst reichlichen Mitteln gegen die Mehrheit der Partei und der Fraktion Mißtrauen geföt und auf die Schaffung einer sozial-revolutionären Partei hingearbeitet wird. In einem Artikel, überschrieben „Neutralität und Frieden“, dessen Verfasser sich Marius nennt, in der „Neuhorcker Volkszeitung“ vom 2. Mai wird besonders wüft auf die Führer der deutschen Sozialdemokratie, auch nebenbei auf die französischen Sozialisten losgehaut, die sich für die Fortsetzung des Krieges einsetzen. Marius zitiert einen Brief, den er von Robert Grimm, dem Redakteur der berüchtigten „Berner Tagesmacht“, der Ablagerungsstelle allen Unrats, der gegen die deutsche Sozialdemokratie geschleudert wird, erhalten hat. Grimm macht reichlich phantastische Vorschläge, wie für die Herbeiföhrung des Friedens gearbeitet werden kann. Er glaubt, daß es gelingen wird, einen Bruch zwischen den Massen und den Regierungen zustande zu bringen. Zu dem Zweck soll gegen die Mehrheit der Partei in Deutschland noch systematischer wie bisher die Quertreiberei inszeniert werden. Dazu gehören nicht unerhebliche Geldmittel, die Grimm gern von den Amerikanern haben möchte. Er schreibt wörtlich:

„Die Amerikaner haben Ende November den Vorschlag gemacht, einen Kongreß in Washington abzuhalten und sie wollten alle Kosten übernehmen. Wäre es nicht besser, wenn sie uns zur Unterstützung der Opposition und event. zur Vorbereitung eines Kongresses in dem angebotenen Sinne einige Mittel zur Verfügung stellten? Ich glaube, das würde dem Interesse der Bewegung mehr nützen, als die Abhaltung eines Kongresses, auf dem man Resolutionsen faßt und alles andere dem Schicksal überläßt.“

Dem Marius der „Neuhorcker Volkszeitung“ ist das aus der Seele gesprochen. Er erklärt, der Berner Grimm sei vollständig im Rechte: „Die Hauptarbeit der neutralen Sozialisten müße darauf gerichtet sein, in den kriegsföhrnden Ländern die gegenwärtig aufwachsende Opposition zu stärken, zu ermuntern, mit

Wort und Tat und Geldmitteln zu unterstützen." Wenn das keine systematische Parteierziehung sein soll, dann bitten wir uns dafür das zutreffendere Wort zu nennen.

Die Chemnitzer „Volkstimme“ hat durchaus recht. Fast überall sind die Parteierzieher in Tätigkeit. Sie müssen auch schon über reichliche Geldmittel verfügen, denn sonst könnten sie unmöglich eine so intensive Propaganda mit Flugdrucken betreiben. Es ist bedauerlich, daß das Organisationsstatut es fast unmöglich macht, mit diesen Elementen aufzuräumen. Um so notwendiger ist es, dem Treiben der Parteierzieher nicht untätig zuzusehen und wo irgend sich die Gelegenheit bietet, mit rücksichtsloser Energie einzuschreiten. Ein weiteres Zusammenarbeiten mit diesen Elementen ist ganz und gar ausgeschlossen. Je früher aus dieser Latsche die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden, um so besser für die Partei. Stuttgart bietet ein warnendes Exempel.

Soziale Rundschau.

Unerhörter Kriegswucher.

Die Spekulation mit den verschiedensten Nahrungsmitteln, Haushaltungsgegenständen und Militärausrüstungsgegenständen wird immer noch lebhaft und in der ungenierlichsten Weise betrieben. In jeder einzelnen Nummer einer der großen Handelszeitungen werden, wie die Mannheimer „Volkstimme“ schreibt, ungeheure Mengen von allerhand Artikeln angeboten, in denen sonst anscheinend Mangel herrscht. In Nr. 114 der „Frankfurter Zeitung“ werden — nur um einige der zahllosen Angebote herauszugreifen — 10 000 bis 20 000 Meter feidgrauer Zellbahnstoff, 25 000 Meter grauleinerner Militärdrell, 30 000 Meter Halbkleinendrell, 20 000 verzinnete Strahngutsmanteln angeboten. Weiter werden empfohlen: 20 000 Kilogramm Speiseöl, Tapiocamehl in Wagenladungen, 5000 Kilogramm Himbeerstrup, Salatöl in Posten von wenigstens 5000 Kilogramm, 2000 Kilogramm Nischolofoladenpulver, eine Firma bietet Meis und Käse an, andere 50 000 Kilogramm Schmierseife, 25 000 Kilogramm Haushaltungsseife, 20 Waggons weiße Bohnen usw. Wie diese Spekulationen sich der Waren bemächtigt haben, zeigt noch folgendes Inserat besonders drastisch:

- Gabe auf sofort billig abzugeben: 50 Waggons weiße Speisebohnen, 10 Waggons grüne Erbsen, 20 000 kg getrauntes Kaffee, 25 000 kg gefalzenes Schweinefleisch, 25 000 kg prima Wollwurst, 2 Waggons grüne Schmierseife.

W. F. u. h. m. a. n. n., Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Straße 7a. Bohnen, Erbsen, Kaffee, Salzfleisch, Wurst und Schmierseife hat dieser edle Mann zu verkaufen, und wenn er seine zusammengekauften Vorräte zu Kriegswucherpreisen an seine lieben Mitbürger verkauft hat, kann er seine 50 000 bis 100 000 Mark verdient haben. Das heißt ein Geschäft! Wie gesagt, ist das nur die Blütenlese aus einer Nummer der „Frankfurter Zeitung“. Viele große Handelszeitungen bringen täglich Hunderte solcher Angebote und man kann ersehen, welche Vorräte in den Lagerhäusern der Spekulationen aufgehäuft liegen — während der große Teil des deutschen Volkes bitteren Mangel leidet und Hunderttausende deutscher Söhne für den Bestand des Deutschen Reiches auf den fernem Schlachtfeldern verbluten! Die meisten dieser Profitjäger scheuen sich, ihren Namen unter die Angebote zu setzen. Wer Bedarf hat, der muß erst bei Rudolf Wölfe, unter Angebote so und so anfragen, wie so eine Firma heißt, die es verliand, sich loszukaufen an Nahrungsmitteln zu verschaffen und nun die Preise diktiert. Schlimmer hat der Schacher mit den wichtigsten Lebensmitteln nie gewütet als jetzt in dieser Zeit der Not.

Der fürsorgliche Pfarrherr.

Aus Schramberg wird uns geschrieben: Der hiesige protestantische Stadtpfarrer Völter, der nach Wildberg verlegt wurde, bewerkstelligt zurzeit seinen Umzug. Dabei fanden die Arbeiter sechs Säcke vor, die vorzügliches Mehl enthielten. Außerdem waren noch andere Nahrungsmittel, Schinken

Kleines feuilleton.

* Künstliche Befruchtung von Bienen. F. Jäger und C. W. Howard bemühen für ihre Versuche zur künstlichen Befruchtung von Bienen eine der Belle frisch entlassene Königin, die noch nicht mit Drohnen in Verbindung gekommen war. Durch fünf Tage wurde die Bienenkönigin, wie die Untersuchungen in der „Science“ berichten, gejonkelt aufbewahrt, dann wurden einer Drohne Spermatozoen entnommen und der Königin eingespritzt. Das so künstlich befruchtete Tier wurde nun weiter isoliert gehalten und auf seine Fortpflanzungsfähigkeit untersucht. Schon eine Woche nach der erfolgten Bespritzung wies die Eierstöcke der Bienenkönigin eine beträchtliche Entwicklung auf, was sich durch Anwaschen des Abdomens bemerkbar machte. Nach einer weiteren Woche, also zwei Wochen nach der künstlichen Befruchtung, begann die Königin zu legen. Die Vegetativität dauerte über einen Monat und war anhaltender als bei normal befruchteten Königinnen. Die künstlich befruchtete Königin legte etwa 3000 Eier. Diese große Fruchtbarkeit war wahrscheinlich auf die gute Fütterung des Schwarmes zurückzuführen. Als besonders bemerkenswertes Ergebnis des Versuchs ist zu verzeichnen, daß von den 3000 gelegten Eiern fast sämtliche Arbeitsbienen ergaben, nur aus vier Eiern entwickelten sich Drohnen, die Brutanlage und die Arbeiterinnen waren in jeder Hinsicht normal. Es ist selbstverständlich, daß aus dem einmaligen, allerdings mit überraschend günstigen Ergebnissen durchgeführten Versuche es nicht möglich ist, Rückschlüsse auf die praktische Bedeutung für die Bienenwirtschaft zu ziehen. Die beiden Gelehrten haben aber die Absicht, die Versuche im nächsten Jahre beim gleichen Schwarme fortzusetzen. Ergeben sich dann die gleichen Erfolge, so wäre wohl für die Imkerei auch mit praktischer Wertbarkeit zu rechnen.

Spielplan des Posttheaters Karlsruhe.

- Montag, 14. Juni, B. 64. Kleine Preise: „Der Hochtourist“, Schwan in 3 Akten von Strauß und Neel. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. (3 Mk.)
- Mittwoch, 16. Juni. Kleine Preise: „Ein toller Einfall“, Schwan in 4 Akten von Karl Laufs. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. (3 Mk.)
- Freitag, 18. Juni, C. 66. Mittelpreise. Neu einstudiert: „Alsbill, das Märlein vom Fiskus und seiner Frau“, eine dramatische Symphonie von Friedrich Mose. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr. (4 Mk.)
- Samstag, 19. Juni, D. 68. Kleine Preise: „Egmont“, Trauerspiel in 5 Akten von Goethe, Musik von Veethoden. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 11 Uhr. (3 Mk.)
- Sonntag, 20. Juni, A. 27. Große Preise: „Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg“ in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende 10 Uhr. (4,50 Mk.)
- Montag, 21. Juni, B. 67. Kleine Preise. Zum erstenmal: „Die erste Geige“, Lustspiel in 4 Akten von Gustav Mied. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. (3 Mk.)

usw., reichlich vorhanden, als ob die Stadt Schramberg der Gefahr einer Belagerung ausgesetzt gewesen wäre. Dabei war Völter einer der engagiertesten Enthaltsamkeitsprediger und ein eifriger Mahner zur Sparsamkeit. Dies nicht nur aus sittlich-religiösen Gründen, sondern auch, über die Kriegszeit, aus politischen.

Wie er aber selbst diese beiden Tugenden liebte, dafür legen die vorgefundenen Wehlsäcke ein für ihn recht fatales Zeugnis ab. Mit den schärfsten Maßnahmen mußte die Regierung den Verbrauch an Mehl und Getreide einschränken, um ein späteres gänzliches Fehlen dieser Nahrungsmittel zu verhindern. Der Pfarrer aber, der berufen wäre, seiner gläubigen Gemeinde durch vernünftiges Verhalten ein gutes Beispiel zu geben, trägt durch die sinnlose Aufstapelung von Nahrungsmitteln selber mit dazu bei, daß diese rar zu werden begannen. Er war verantwortlich! Für ihn gab es keine Knappheit der wichtigsten Lebensmittel mehr. Im Fischen und in der immer mehr steigenden Preise nicht an. Die andern, die das Glück nicht haben, so in der Wollle zu sitzen wie er (Völter ist sehr vermöglich), die konnten von ihm aus hungern. Bei solchen Verhältnissen braucht es nicht zu verwundern, wenn ein großer Teil seiner Gemeinde ihn gar nicht ungern scheiden sieht.

Leider aber ist kaum anzunehmen, daß er der einzige ist, der ein solches Verhalten sich zuschulden kommen ließ. Wenn eine allgemeine Wohnungsräumung angeordnet werden könnte, dann gebe es der Völter noch viele.

Von dem vorgefundenen Mehl wurde selbstverständlich das meiste beschlagnahmt. Den Pfarrer scheint es auch nicht angefallen zu haben, daß er nach dem seinerzeit erlassenen Bestimmungen gar nicht berechtigt war, derartige Vorräte an Mehl anzuhäufeln, die dazu sehr der Gefahr des Verderbens ausgesetzt waren.

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Remel.

Dispreffequartier, 6. Juni 1915.

Remel hat sich von den Schrecken der Russenbernschaft erholt. Auf dem Platz vor dem Theater steht der Simon Bach-Brunnen mit dem „Männchen von Tharau“ auf hohen Sockel. Nun schaut das Männchen auf ein merkwürdiges Treiben: rings um den Brunnen sind allerhand Jahrmärktstuden aufgestellt. Die Schönen der umliegenden Dörfer kaufen schimmernden Schmuck für 10 und 15 Pfennig, bunte Tücher, Tändelschürzen und dergleichen mehr; bedächtige Hausfrauen halten Musterung unter den dargebotenen Haushaltungsgegenständen, vorwiegend Küchengerät und allerhand Kurzwaren. Neben mit Lederriemen über die Jugend große Anziehungskraft aus. Nun strömt sie zu einem anderen Platz: Kirnestrubel schallt herüber. Die Drehorgel eines Karusells läßt ein zu fröhlichen Fahrten auf stolzen Rossen und in prächtigen Karossen. . . .

Kurz hinter Remel stoßen wir wieder auf die noch lange sichtbaren Spuren des Krieges. Inmitten der prangenden Natur Brandruinen. Und neben den Ruinen und auf den Feldern Soldatengräber. Oft dicht beieinander, einzeln und in Massengräbern liegen unter den Bügeln deutsche und russische Krieger. Ein Bild wüster Zerstörung bietet das schöne Schloß Polangen. Tüchende von Granaten haben das Gebäude stark zerstückt. Die Kapelle ist von den Geschossen beinahe vollständig abgebrochen worden, nur das Kreuz steht noch unverlezt auf dem Stuppelbach. An verschiedenen Stellen des Schlosses sind Granaten bis in den Keller hineingefahren; an einer Seite: des Hauptgebäudes rissen sie einen Balkon fort. Auf der Terrasse liegen noch jetzt zwei nicht freipierte Granaten. Im Innern des Schlosses zeugt ein wirres Chaos von Schutt und Möbeln von der furchtbaren Wirkung der eingeschlagenen Geschosse. In einem Zimmer liegt ein Berg von Büchern und Schriften, fast ausschließlich solche in russischer Sprache. Aber dort auf dem Tisch ein Altentstück in deutscher Maschinenschrift, der Verwalter berichtet darin an die Frau Gräfin, wahrscheinlich auf eine an ihn gestellte Frage nach der Produktion der Gutsländereien an frischem Gemüse; der Verwalter schreibt, daß die Gutsländereien den gesamten Bedarf von Gut und Bad Polangen decken könnten, das Klima sei günstig, der Boden gut. Aber man habe keine Erfahrung im Gemüsebau. Darum empfehle er die Anstellung eines tüchtigen Gärtners, um Risikofälle und falsche Maßnahmen zu verhindern. Auch hält es der Verwalter für gut, daß sich die Frau Gräfin einige Werke über Gemüsebau beschaffe und fleißig studiere. Weiter gibt er eine Aufstellung über die in Betracht kommenden Gemüselorten, ihre Verwendung und die zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile. . . .

Nun ist das Gut verödet, Gärten und Felder sind zum großen Teil unbestellt geblieben. — Wir gehen zum Strand, warm scheint die Sonne, in eintöniger Regelmäßigkeit grieseln die Wellen heran, es sieht fast so aus, wie amarrschierende Regimente. Wir legen uns für einige Minuten in den Sand und schließen die Augen. Die Gedanken verbinden uns trotz der Einfachheit mit dem großen, unwahrscheinlichen Weltereignis. . . . Hach; ist das nicht von fern herüberdönnernd, leise verhallender Kriegslärm? Nein, die Phantasie spielt uns einen Streich. Das Rauschen der See hat uns in Halbschlummer verjagt. Drüben im Osten und Süden donnern die Kanonen, stürmen die Truppen zu blutiger Arbeit gegeneinander; weit von uns entfernt sehen Artilleriegeschosse Hüften und Häuser in Brand. Weiter geht die Fahrt. In Bugau strömen die zurückgebliebenen Einwohner zu einer Art Lifassäule, einem Baumstamm mit aufgesetztem Plakat. Hier werden die Befanntmachungen angeschlagen. Männer, Frauen und Kinder umlagern den Plak. Nun sieht jemand laut die neueste Proklamation, die eifrig besprochen wird. — Auf der Weiterfahrt begegnen uns nur wenige Menschen, einzelne Leute mit kleinem Gepäc, selten einfache Bauern, Wagen, hin und wieder einige Soldaten, meistens wohl Ordonnanzen, die Sicherungsstelle ist viel weiter nach Süden vorgeschoben. Sobald unser Wagen in die Nähe eines Gehöfts oder auch nur einer Hütte kommt, heßt sicher ein Hund heran, um das schweifende Auto aus nächster Entfernung und mit einem Eifer anzubellen, als wollte er sagen: Ich will euch zeigen, wer hier Herr ist! — Das große starke Pferd dagegen zittert vor Angst, bäumt sich auf, will davon rennen, rennt mit dem Fahrzeug oft querfeldein, schießt vor der vermeintlichen Gefahr. Die physische Kraft allein macht nicht überlegen, sonst wäre ja auch Ruß-

land längst Sieger in dem blutigen Ringen gegen Deutschland und Oesterreich. . . .

Libau hat sich stark verändert, seitdem ich es zum letztenmale sah. Aus dem Straßenleben ist das nervöse, bang erwartungsvolle, Abwartende fast gänzlich verschwunden. So viel wie möglich gehen die Menschen wieder ihrer Beschäftigung nach. Die Furcht, daß die neue Herrschaft mit Raub und Gewalttätigkeit verbunden sein könnte, ist überwunden. Selbst die Letzten haben sich etwas beruhigt. Das Geschäftsleben vollzieht sich nun geordneter als in der letzten Zeit vor dem Einzug der Deutschen. Damals durfte kein Licht angezündet werden, mit Anbruch der Dunkelheit war die Stadt tot; nun erstahlen bis in die zehnte Abendstunde die Geschäfte in heller Beleuchtung und in den Wohnungen können die Einwohner so lange bei ihren Lampen sitzen, wie es ihnen paßt. Nur der Mangel an Kleingeld macht sich im Geschäftsleben immer noch störend bemerkbar. Eine Reihe von Arbeitern kann jetzt die frühere Beschäftigung wieder aufnehmen. Mehrere industrielle Werke sind wieder im Betrieb. Die Arbeiter, z. B. die der Eisenwerke, erhalten die früheren Löhne. Wärendem Erwerbslosen wird die Verdienstmöglichkeit sicher willkommen sein.

Leicht ist reichlich zu haben; es wird in vielen Läden für 40—50 Pf. das Pfund angeboten. Dagegen scheinen die Weizenvorräte in der Stadt knapp zu werden; die Bäcker, die fast nur Weizenbrot und -gebäck herstellen, haben meistens schon vor der Mittagsstunde die frische Ware verkauft und zwar zu nicht unerheblich gesteigerten Preisen. Sehr teuer ist Butter geworden, 2 Mk. kostet das Pfund. Eier und Käsewaren sind überall und zu verhältnismäßig niedrigen Preisen zu haben. Zigaretten, Zündhölzer und Zeitungen werden von fliegenden Händler auf der Straße angeboten, nachmittags trifft das „Remeler Dampfboot“ vom selben Tage schon in Libau ein und findet reichlichen Absatz. Die an verschiedenen Stellen öffentlich angeschlagenen neuesten Nachrichten unterrichten zudem über die letzten Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen. Von verschiedenen Einwohnern hörte ich, daß sie bisher, nach den russischen Zeitungsberichten, der Meinung waren, Rußland habe schon fast das ganze Deutschland und Oesterreich besetzt, die Türkei sei unter den Angriffen der Russen und Engländer zusammengebrochen, der Tag nahe, an dem sich die siegreich vorwärtstürmenden Russen und Franzosen in Berlin begrüßen können, um dort den Frieden zu diktieren.

Erführe das ganze russische Volk die Wahrheit, dann würden Empörung und Meuterei die Seeresleitung zwingen, Frieden zu schließen; dann müßte die Menschenschlächterei ein Ende nehmen.

Düweil, Kriegsberichterstatter.



Gefallene Badener.

Den Helden des Vaterland starben:

Kriegsfreiw. Off.-Stellb. im Rgt. 160 Julius Küf- fert; Landwehrm. im Rgt. 110 August Stelzel und Müsk. im Rgt. 111 sud. theol. Albert Wiedebecher von Karlsruhe. Er.-Mef. Friedrich Gieseler; Müsk. Fritz Arnold; Mef. Mfr. Schaber; Mef. Ludwig König und Mef. Karl Meißner, sämtliche von Durlach. Er.-Mef. Wilh. H. J. Leischmann von Durlach. Landwehrm. Hermann Wille von Wörzburg. U. O. Karl Eitel von Eutingen. Gefr. Richard Strohbecker von Gudenfeld. Landsturmmann Herm. Möhner, Ritter des Eisernen Kreuzes, von Würm. Kriegsfreiw. Gefr. im Drag.-Rgt. Nr. 21 Karl Leichnik und Kriegsfreiw. Wilh. G. Oll von Bruchsal. Joseph Greif von Hohenheim. Landwehrmann Sandgrubenaufseher Friedrich Hardung und Lehrer Ludwig Hofmann von Schwelmgen. Die beiden Brüder Meierhoff Jakob und Er.-Mef. Johannes Sigmüller von Ruppel bei Heidelberg. Gren. Karl Frank von Etlingen. Er.-Mef. im Rgt. 112 Joseph Kahn von Ruppenheim. U. O. im Rgt. 110 Emil Seiermann von Oberbühlertal. Inf. August Gißler von Zell a. S. Briefträger Kammerer von Hausach. Mef. Bahnarbeiter Karl Mück von Mündingen. Gefr. August Erhardt von Emmendingen. Sanitätsgefr. Johann Georg Ziebold von Windenreute. Kriegsfreiw. Gefr. Karl Gress und Kriegsfreiw. im Rgt. 113 Hermann Schabach von Freiburg. Kriegsfreiw. Josef Scherzinger von Trüben. Er.-Mef. im Rgt. 114 M. Emminger von Bad Dürrenheim. Er.-Mef. Herm. Heimbürger von Niederelsbach. Ludwig Waizenegger von Hurlwangen. Fabrikmeister Ernst Wobischlegel von Weil. Robert Vendorf von Lörach. U. O. d. R. Ernst Karle und Füllfiker Johann Pruggner von Konstanz, sowie Er.-Mef. Landbriefträger Ludwig Wiggenhauer von Ludwigshafen a. S.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

— Stadt. Fleischversorgung. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung, nachdem die von der Zentralkaufgesellschaft in Berlin gelieferten Proben der Schweinefleischerzeugung ausgefallen waren, beschlossen, eine Bestellung solcher Schweinefleischwaren im Werte von 20 000 Mk. zu machen.

Ettlingen.

— Lebensmilde. Vorgefunden wurde der 89jährige Kaufmann Ludwig Hiedinger, Reisender der Kunstmühle Deusel und Sohn hier, in seinem Zimmer tot aufgefunden. R. hatte seinen letzten Atemzug in einem Stuhl ein Ende bereitet. Die Ursache zu dem Selbstmord ist unbekannt.

* Königshaus. 13. Juni. Am Donnerstag verchied hier auf seinem Schloß nach längerem Leiden der Besitzer der hiesigen Grundherrschaft Frhr. Wilhelm von St. Andre, ein Veteran des 1870er Feldzugs, der er als Leutnant bei den gelben Dragonern und als Ordonanzoffizier des Prinzen Wilhelm von Baden rühmlich mitgemacht hatte. Bald darauf quittierte er den Dienst und übernahm die Bewirtung seines ausgedehnten Grundbesitzes, der ihm als einem der größten Grundeigentümer des Kreises nach der Reorganisation das Recht verlieh, Mitglied des Kreisrates zu sein.

Mannheim, 13. Juni. Der nationalliberale Parteisekretär Herr G. Wittich von Mannheim, der seit einigen Monaten in der Front steht, wurde in den Kämpfen bei Arras durch einen Granatsplitter am Knie verwundet. Er liegt im Lazarett in Roubaix. Sein Befinden ist befriedigend.

Weinheim, 13. Juni. Im vaterländischen Interesse hat sich die Direktion des hiesigen Gymnasiums entschlossen, sämtlichen Schülern auf die Dauer der Kriegszeit das Fortgehen zu erlauben. In den einzelnen Klassen wurden den Gymnasialisten die Gründe dargelegt, die das Fortgehen in der jetzigen Zeit wünschenswert erscheinen lassen.

Billingen, 14. Juni. Der Gemeinderat beschloß, den städtischen Arbeitern für die Dauer des Krieges eine Lohnaufbesserung von mindestens zwei Pfennigen für die Stunde zu gewähren.

Urfossen bei Bielefeld, 12. Juni. Die schon so oft gerügte Spielerei mit Schusswaffen hat hier zu einem schweren Unglück geführt. Der 110jährige Sohn des ehemaligen Waldhüters Kader Langenader trat seine Wäpfe, Schweißkeim unvorsichtiger Handieren mit einer Schusswaffe. Dem Mädchen wurde ein Stück von der Stirne weggerissen und das rechte Auge wurde gerettet. Man hofft, das Mädchen am Leben erhalten zu können.

Konstanz, 12. Juni. Die „Damen“, die kürzlich hier Verhaftung mit französischen Offizieren suchten und deren Verhalten öffentlich gebrandmarkt worden ist, haben der Stadt Konstanz zu einer traurigen Berühmtheit verholfen. In dem berühmten italienischen „Corriere della Sera“ vom 7. Juni wird nämlich mit besonders auffälliger Uebertriebenheit: „Eine Drohung an die Frauen von Konstanz, welche sich zu jählich gegen die gefangenen Offiziere zeigen“, die Bekanntmachung des Kommandanten von Konstanz veröffentlicht. Schon aus der Ueberschrift, welche das italienische Blatt der Notiz gibt, sieht man, wie die ganze Angelegenheit verzerrt und kurzweg den Frauen von Konstanz in die Schuhe geschoben wird.

Babish-Weinsfelden, 12. Juni. In einem Anfall von Verfolgungswahn gab der 23jährige Walter Eugen Heinemann auf den hiesigen Apotheker Leisinger aus einem sechsstündigen Revolver zwei Schüsse ab, die Leisinger im Gesicht schwer verletzten. Der Täter richtete dann die Waffe gegen sich selbst, schoß sich durch den Kopf und brach blutüberströmt zusammen. Der Walter Heinemann war vor einigen Wochen wegen überreizter Nerven vom Militär entlassen worden. Er lebte fortgesetzt in dem Wahn, man trachte ihm nach dem Leben. Wie es sich jetzt, nachdem es seit so spät und ein schweres Unglück geschehen ist, herausstellt, hätte Heinemann schon längst einer Anstalt überwiesen werden sollen.

Unliebsame Dorfverhältnisse.

Aus Büding (Amt Dretzen), wird berichtet: Im hiesigen Orte befinden sich seit dem Tode des Pfarrers Stodinger Zustände, welche anfangs einfach unerträglich zu werden. Dieser Herr führt in Kirche und Schule den Tod in einer Weise, die mit seiner Religion der Liebe nicht in Einklang zu bringen ist. Am letzten Samstag war Firmung und sollten die Firmlinge nach den kirchlichen Bestimmungen vorher beichten. Meine 13jährige Tochter erhielt tags zuvor von mir die Weisung, die Beichte nicht in Büding, sondern in dem eine Stunde entfernten Dretzen abzugeben und auch dort zu kommunizieren. Ich sah mich zu diesem Schritte veranlaßt wegen Vorkommnissen, die hier zunächst nicht besprochen werden sollen. Als das Kind in der Frühe von Dretzen zurückkam und in die Kirche ging, wurde es dort vom Pfarrer in überaus roher Weise behandelt. Das Kind erklärte, bereits gebeichtet und kommuniziert zu haben, aber der Pfarrer wollte es zwingen, sofort nochmals bei ihm zu beichten. Er traktierte mein Kind mit Faustschlägen, und als es auf seiner Weigerung bestand, nochmals zu beichten, ließ er sich von einem andern Mädchen den Kopf des Wehners holen, warf das Kind in die Kirchenbank, auf den Fußboden und in den Reichstuhl hinein.

Auch mit andern Kindern verfährt dieser Herr in der Schule und Kirche in ähnlicher Weise, wobei viel Unmut in der Einwohnerschaft angestiftet ist. Man jagt sich allgemein: So kann es nicht weiter gehen. Dazu zeigen die Eltern ihre Kinder doch nicht groß, daß sie in der Kirche zum Dabel geschlagen werden. Es wäre Sache der Kirchlichen, wie der weltlichen Behörden, hier mal einzugreifen. Die Einwohner lassen sich das auf die Dauer nicht gefallen.

Peter Haag, Schreinermeister.

Das schlechte Beispiel des Italienerkönigs.

Mannheim, 13. Juni. Das „Mannheimer Tageblatt“ berichtet folgenden recht interessanten Vorgang. In einer großen Anzahl der nächsten Umgebung von Ludwigshafen sind ausnahmsweise viel Italiener beschäftigt, darunter eine größere Anzahl Militärs. Vor einigen Tagen erhielten diese vom italienischen Konsulat in Mannheim ihren Gesellungsbescheid zugestellt, nach dem sie sofort abzureisen und sich ihrer Militärbehörde zu stellen hätten, wobei ihnen gleichzeitig eröffnet wurde, daß das erforderliche Reisegeld bis zur italienischen Grenze vom Konsulat ausgehändigt werde. Ungefähr 60 Mann meldeten sich beim Konsulat, das ihnen das Reisegeld auch ausständig. Anstatt sofort abzureisen, zogen sie fort und sind wieder heimwärts, aber nicht nach dem sonnigen Italien, sondern in die ebenfalls so sonnige Pfalz am Rhein, über der ja auch ein „italienischer“ Himmel blaut. Das Reisegeld machten sie auf feuchtschöne Art fälschlich, natürlich nicht in dem Sinne ihrer Gesellungsbescheide. Bei italienischem und deutschem Gesandtschaften sie „die vaterländischen Großen“, „Cavaliere“ und „Cavaliere“ und die „Macht am Rhein“ quollten mit Temperament aus den italienischen Reden. Am nächsten Tage melbten sich die schlauen Italiener wieder in der Regel zur Arbeitsaufnahme mit der Erklärung: Wenn der König von Italien und seine Regierung kein Wort halten, so brauchen sie das auch nicht.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 14. Juni. Nachforschungen nach vermischten Zivilpersonen. Im Hinblick auf die große Zahl von deutschen Staatsangehörigen, welche in den letzten Wochen im feindlichen Ausland interniert worden sind, glaubt der Bad. Landesverein für Frauenstimmrecht, Konstanzer, Schottenstraße 31, an seine Auskunftsstelle für vermischte Zivilpersonen erinnern zu sollen. Dank der Unterstützung, die ihm von verschiedenen internationalen Frauen-Auskunftsstellen sowie von Privatpersonen im neutralen Ausland bei seiner Arbeit zuteil wird, darf seine bisherige Tätigkeit als eine durchaus erfolgreiche bezeichnet werden. Alle Anfragen an den Bad. Landesverein für Frauenstimmrecht sind schriftlich an das Vereinsbureau in Konstanz einzutreiben. Außer Namen, Alter, Beruf ist anzugeben, wo der Gesuchte bis dahin sich aufgehalten, wann und woher die letzte Nachricht gekommen und welche Schritte in der Nachforschung nach der vermischten Person etwa schon unternommen worden sind. Der Anfrage sind 25 Pf. für Portoauslagen beizufügen. Meldungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Bad. Landesverein f. F. auch die Weiterleitung von Briefen und Geldsendungen an Kriegsgefangene über die Schweiz übernimmt. Geld, Geld und Briefe, sind in diesem Falle an die Adresse des Bad. Landesvereins für Frauenstimmrecht, postlagernd Eimishofen St. Thurgau, Schweiz, zu richten.

Nicht sonderbare Zustände herrschen, so schreibt man uns, kurzzeitig bei der Baufirma Walders u. Hans, welche größere

Arbeiten im Fabrik-Gaswerk II hier ausführt. Man ist hier im Zweifel, ob die Firma Walders im Hause ist oder ihr Oberpolier Bauer. Dieser veranlaßt nämlich die Leute, an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten und am Lohnstage erhalten die Leute, trotzdem die Entlohnung tariflich festgelegt ist, ihre Zulage nicht, ob mit Wissen und Willen der Firma, entzieht sich ungerer Kenntnis. Erst auf wiederholte Beschwerde bei diesem Herrn fühlte er sich bewogen, die Zulage zu gewähren. Dieser Vorfall war am letzten Dienstag wieder Ursache unfruchtbarer Verhandlung, Verdächtigungen und Entlassung von vier Zimmerern, welche schon jahrelang bei der Firma in Arbeit standen und jedenfalls während der Kriegszeit ihre Arbeit so gut verrichteten, als vorher. Besagter Herr Bauer ließ sich sogar soweit hinreißen, einem Arbeiter Hauptmaterial auf den Fuß zu werfen, sobald der Betreffende ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte. Aus diesem Grunde erklärten sich die noch dort beschäftigten Zimmerer solidarisch und legten die Arbeit nieder.

Am die Angelegenheit auf gutlichem Wege zu regeln, wurden die Leute am Mittwoch früh auf dem Hauptbahnhof vorbestellt, leider ohne Erfolg. Die Firma mag also die daraus entstehenden Folgen tragen.

Schneiderkurse. Das Groß-Landesgewerbeamt hat auf mehrfachen Wunsch einen zweiten Kurs für Schneider veranstaltet, um sie mit der vorchriftsmäßigen Herstellung der Werkstücke bekannt zu machen. Der Kurs, der vom 26. Mai bis einschließl. 2. Juni dauerte, stand wieder unter Leitung des Schneidermeisters Gungl in Karlsruhe und war von neun Teilnehmerinnen besucht; davon waren acht aus dem Handwerksamt Mannheim.

Gefährliche bei Zugtieren. Der Leipziger Tierklub-Verein, Johannisstraße 14, schreibt uns: „In den letzten Tagen sind wieder verschiedene Fälle von Gefährlichen vorgekommen. Wir möchten deshalb alle Fuhrwerksbesitzer, um sie vor Schaden zu bewahren, wiederholt darauf aufmerksam machen, daß in den meisten Fällen den Gefährlichen vorgebeugt wird, wenn die Tiere öfters und reichlich getränkt werden. Bekanntlich hängen die Gefährlichen mit einer durch die hohe Temperatur bewirkten starken Verdickung des Blutes zusammen. Daß diese gefährliche Erkrankung des Blutums durch reichliche Wasserzufuhr beiligt werden kann, muß im Interesse aller Tierbesitzer immer wieder hervorgehoben werden.“

Wieder zwei Selbstmorde. Am 5. d. Ms. hat eine hier wohnhafte 21jährige Arbeiterin aus Freiburg in selbstmörderischer Absicht Sublimatpflaster genommen. Sie ist am 12. ds. Ms. an den Folgen dieser Vergiftung im hiesigen Krankenhaus gestorben. Als Motiv der Tat hat die Verstorbenen in einem hinterlassenen Brief angegeben, daß ihr Bräutigam im Feld gefallen sei und sie ohne diesen nicht mehr weiter leben wollte.

Erhängt aufgefunden wurde am Samstag Nachmittag im Hardtwald beim Klosterweg ein 71 Jahre alter Mann von hier.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 14. Juni. Das Justizministerium hat einen Erlaß über die Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen herausgegeben, wonach der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gegeben ist, in geeigneten Fällen statt der Erhebung der Anklage bei der Strafkammer, den Erlaß eines Strafbefehls beim Amtsgericht zu beantragen und damit eine vereinfachte und beschleunigte Erledigung der anhängig gewordenen Sachen zu erreichen.

Neues vom Tage.

Baustil und Familienzuwachs.

Vor anderthalb Jahren mietete sich in München in einem Hause, das dem Baumeister Oskar Strelin gehört, ein junges Ehepaar ein. Der Mann steht zurzeit im Felde; die junge Frau kochte dem Vaterlande jetzt einen kräftigen Jungen. Darauf ist ihr folgendes Schreiben zugegangen, das die „N. P.“ veröffentlicht:

An Herrn O. M. Im Auftrage des Herrn Oskar Strelin (wohnhaft Sonnenstraße) bin ich genötigt, Ihnen die Wohnung... vertragsmäßig am 1. Januar 1915 für 31. März 1915 zu kündigen. Wie Sie selbst einsehen werden, muß der Charakter des Hauses, welcher schon durch die Bauart bedingt ist, geteilt bleiben, und trägt sich damit die Vergrößerung Ihrer Familie nicht. Wie Ihnen noch einmündlich sein dürfte, wurde beim Abschluß des Mietvertrages dieser Punkt hauptsächlich besprochen und tut es mir leid, Sie aus diesem Grunde als Mietpartei zu verlieren.

Gedächtniswort J. A.: gez. J. S. Hausverwalter. Dieser Baumeister hat mit dem Bauplan seines Hauses einen Haupttreffer gemacht und das Ideal aller kinderfeindlichen Hausbesitzer beinahe erreicht; ein Haus, dessen Charakter und Bauart einfach, mit einer Vergrößerung der Mieterfamilien sich nicht verträgt! Vollkommen scheint freilich, wie die „N. P.“ ganz richtig schreibt, auch dieser Bauplan nicht zu sein, sonst müßte er doch wohl von vornherein jungen Ehepaaren solche Entgeltsungen aus der Mietpflicht unmöglich machen. Ob wir wohl auch diesen „Baustil“ noch erleben?

Die Entlassung im Salske.

Jetzt tritt auch die chemische Großindustrie im Kampf gegen die Rufe auf. Eine Fabrik hat im Cyclohexanon scheinbar ein wirksames und in seiner Anwendung verblüffend einfaches Mittel gefunden, das auf den Namen Baujosan getauft ist. Dr. M. A. Gold, Arzt eines Gefangenenlagers, gibt über das Verhalten der „Medizinischen Klinik“ Aufschluß. Der Mann giebt sich völlig aus, der Körper sowie sämtliche Kleidungsstücke werden mit dem Pulver bestreut, ebenso Bettlaken und Decken. Dann legt sich der Mann mit seinen Kleidungsstücken unter die Decke in sein Bett und bleibt dort, gut zugedeckt, fünf Stunden liegen. An Stelle des Deputerns kann das Bestreuen mit dem flüchtigen Baujosan gewählt werden, es können auch beide Verfahren miteinander vereint werden. Man kann die Kleidungsstücke für sich allein legen oder unter der Decke behalten; wie man auch vorgehen mag, nach fünf Stunden ist, nach den Erfahrungen Dr. Golds, der Tod von Läusen und Milben eingetreten. Das Verfahren ist überall anwendbar. Im Felde können die aus den Schützengräben in Ruhe und Quartier kommenden Mannschaften sich ohne großen Verlust gegenseitig einpulvern, um des Morgens entlausen zu werden. Ein besonderer Vorzug besteht darin, daß Mann, Kleidung und Bett zugleich entlausen werden. Auch vorbeugend soll das Mittel anwendbar sein.

Letzte Nachrichten.

Nicht Spione in Lüttich gerichtet.

Berlin, 13. Juni. Seit Beginn des Krieges beschäftigen unsere Feinde eine Anzahl von Spionen, die im Inlande und in den von unseren Truppen besetzten Gebieten Nachrichten sammeln und an bestimmte Zentralstellen abliefern. Es handelt sich um eine weitverbreitete Einrichtung, die in allen ihren Teilen außerordentlich geschickt arbeitet. Schon seit langer Zeit war es den deutschen Behörden bekannt, daß sich in verschiedenen holländischen Städten Spionagenzentralen befinden, deren Tätigkeit

hauptsächlich in Belgien zu spüren war. Vor kurzem ist es nun gelungen, eine ganze Organisation, die ihren Sitz in Maastricht hat, aufzudecken und unschädlich zu machen. Nicht weniger als 17 Spione wurden festgenommen und dem Gerichte zugeführt. Es wurde festgestellt, daß diese Spione von Belgien aus ununterbrochen ihrem Leiter in Maastricht Nachrichten über Truppenbeförderungen auf den belgischen Bahnen übermittelten. Dabei gingen sie so geschickt vor, daß sie ihre Mitteilungen in besondere Listen eintrugen, die nur mittels eines Geheimschlüssels zu verstehen waren. Das Feldgericht in Lüttich hat über diese Spione, die durchweg gefänglich waren, bereits am 5. Juni das Urteil gesprochen. 11 der Angeklagten wurden zum Tode, 6 zusammen zu 77 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 7. Juni wurden 8 von den Verurteilten bereits erschossen. Wegen der drei letzten schwebt noch die Entscheidung über ihre Begnadigungsgeheuche. Mit dieser Aufhebung von 17 Agenten ist der feindlichen Spionage ein empfindlicher Schlag zugefügt worden und die ebenso schnelle wie strenge Justiz der Feldgerichte wird dem zum Verrat neigenden Teil der Bevölkerung Belgiens hoffentlich einen heilsamen Schrecken eingejagt haben.

Die Russen räumen Lemberg.

Berlin, 14. Juni. Aus Lemberg in Wien eingetroffene Privatbriefe bestätigen, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet wird, daß Lemberg geräumt werde. Die Verwundeten werden aus den Spitälern weggeschafft. Die Haushalte der russischen Beamten und Offiziere werden aufgelöst. Die Familien sind bereits abgereist. In Lemberg seien Gerüchte verbreitet, daß Revolutionäre in Rußland mehrere Pulvermagazine in die Luft gesprengt hätten.

Die Kriegsschäden Ostpreußens.

U. Königsberg, 13. Juni. Bei dem gestrigen Empfang der ausländischen Presseleute gab der Oberpräsident eine Uebersicht über die Kriegsschäden Ostpreußens. Darnach verließen die Provinz gegen 400 000 Personen, wovon der allergrößte Teil bereits wieder zurückgekehrt ist, namentlich auf dem Lande. Von den Russen getötet wurden, soweit festgestellt wurde, 1620 Zivilpersonen, verwundet 433, nach Rußland verschleppt 5419 Männer, 2587 Frauen und 2719 Kinder. Als Motiv der Tat hat die Verstorbenen in einem hinterlassenen Brief angegeben, daß ihr Bräutigam im Feld gefallen sei und sie ohne diesen nicht mehr weiter leben wollte.

Erhängt aufgefunden wurde am Samstag Nachmittag im Hardtwald beim Klosterweg ein 71 Jahre alter Mann von hier.

Das Blatt Herbst zum vierten Male beschlagnahmt.

Paris, 13. Juni. Laut „Lemps“ ist der „Guerre Sociale“ gestern zum vierten Mal in dieser Woche beschlagnahmt worden.

Der italienische Bericht.

Rom, 13. Juni. Bericht der obersten Heeresleitung vom 12. Juni. Rängs der Grenze Tirols und des Trentino dauern die Schanzkämpfe zwischen unseren Vortruppen und den feindlichen Truppen, welche sich an einigen Stellen allmählich zurückziehen, an. Unsere Artillerie fecht die Verstärkung der feindlichen Schanzwerke fort. Aus dem Cadofetal ist nichts Wichtiges zu melden. In Rätien eroberten die Italiener die Dolapaf und machten 25 Gefangene. Am mittleren Isonzo konnten in der Nacht vom 9. zum 10. Juni Abteilungen unserer Truppen auf das linke Ufer vorbringen trotz lebhaften Widerstandes des Feindes, welcher sich jedoch vor unseren ungestümen wiederholten Angriffen unter Zurücklassung zahlreicher Toter aus dem Gelände zurückziehen mußte. Wir machten 200 Gefangene. Die folgenden Gegenangriffe des Feindes, welcher unsere Truppen aus den eroberten Stellungen vertreiben wollte, wurden alle zurückgeworfen. Am unteren Isonzo zerstörte unsere wagemutig bis beinahe in die Infanterielinien vorgebrachte schwere Artillerie durch ihr genaues Feuer in der Nähe von Sagrado die Weiche des Kanals von Manfalcone, durch den der Feind eine Ueberschneidung der breiten Geländezone am Fuße der Höhe von Ronchi erreichte und unseren Vormarsch aufgehalten hatte. Auf der Front von Tolmeina führten unsere ausgezeichneten Flieger ihr Erkundungswerk mit Erfolg durch.

Der Kampf um die Dardanellen.

U. Konstantinopel, 13. Juni. (Nicht amtlich.) Ueber die Kämpfe bei Sedd-ül-Bahr und Ari Burnu vom 4. bis 6. Juni werden aus amtlicher Quelle folgende ergänzende Einzelheiten mitgeteilt: Die Engländer und Franzosen gingen am 4. Juni nachmittags zur Offensive über. Sie bemühten sich, den Angriff durch eine starke Kanonade zu unterstützen. Ihre Artillerie versenkte 6000 Granaten, während ihre Schiffe gleichfalls an dem Kampfe teilnahmen, aber aus Furcht vor Unterseebooten unauffällig mit großer Schnelligkeit zurrück. Die türkischen Truppen wiesen den Angriff kräftig zurück. Der linke türkische Flügel schlug den rechten feindlichen Flügel. Am 4. Juni hatten die Engländer und Franzosen keinen Erfolg. Sie ließen fünf Maschinengewehre in den Händen der Türken. In der folgenden Nacht unternahm der Feind im Abschnitt von Ari Burnu einen nächtlichen Sturm. Der Kampf dauerte bis zum folgenden Tage. Am Mittag wurde ein Sturmangriff abge schlagen; die Türken nahmen einige Schützengräben des Feindes, der 3000 Tote hatte. Am Samstag fanden auch bei Sedd-ül-Bahr Kämpfe statt. Der rechte türkische Flügel rückte vor und besetzte einige feindliche Schützengräben. Am Sonntag gingen die türkischen Truppen zur Offensive über, die nach einer vierstündigen Schlacht, während welcher die türkischen Offiziere und Soldaten Wunder von Tapferkeit verrichteten, mit einem türkischen Erfolg endete. Der Feind wich unter großen Verlusten in seine alten Stellungen zurück; die Türken eroberten noch 12 Maschinengewehre. Selbst in dem heftigsten Kampfgetümmel herrschte in der türkischen Armee eine musterhafte Ordnung. Die Offiziere gaben ruhig ihre Befehle, die genau ausgeführt wurden. Der Munitionss-, Versorgungs- und Sanitätsdienst war tadellos. Es wird festgestellt, daß diese Ordnung der türkischen Armee, welche den der besten Armeen der Welt gleichgestellt werden kann, Zeugnis ablegt von dem hohen Eifer der Offiziere. Mit Dankbarkeit werden auch die Dienste der deutschen Offiziere hervorgehoben.

Der große indische Verschwörungsprozess.

London, 13. Juni. Die „Morning Post“ meldet aus Calcutta vom 11. Juni: In dem Verschwörungsprozess wurden bisher 420 Personen verurteilt. Der Prozess wird vermutlich bis Ende Juli dauern.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kall; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luitzenstraße 24.

